

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Vorbestellung monatlich 4 Mk., durch unsere Ausdrucker monatlich in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Erscheint seit dem Jahre 1841

Inserentenpreis 1 Mk. für die 6gehobene Zeile oder deren Raum, Lokalpreis 50 Pfg., Restanten 2.50 Mk. Bei Blätterverkauf und Jahresverkauf entgegennehmbarer Prämien, Reformen und in ähnlichen Fällen (nur von Zeitungen) die 2gehobene Zeile 3 Mk., Restanten 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormitags 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage einbezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 13.

Sonntag den 16. Januar 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

Im Laufe der letzten drei Monate sind die Herren Gutsbesitzer Osmar Richard Gäbue, Birkenhain und Stellmachermeister Friedrich Hermann Schumann, Weidstrop als Gemeindevorstände

ihren Orte gewählt bzw. wiedergewählt und von der Amtshauptmannschaft in Pflicht genommen worden.

Meißen, am 14. Januar 1921.

Reg. IV.  
Die Amtshauptmannschaft.

### Keine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die Reichsregierung hat Friedenskonferenz und Ententeorganisationen eine Note und umfangreiches Material überreichen lassen, das die politischen Vorbereitungen für einen neuen Versuch in Oberschlesien betrifft.
- \* Der Hauptauschuss des Reichstags beschäftigte sich mit der einzelstaatlichen und Reichstagspflege und der Rolle der gewählten Arbeiter.
- \* Renardinot bespricht in Paris, daß die Abstimmung in Oberschlesien am 13. März stattfinden soll.
- \* Die Entente-Kommission hat den demokratischen Reichstagsabgeordneten Wotwein aus Oberschlesien ausgewiesen.
- \* General Ludendorff bemerkt die Zeitungsmeinung, daß er England und Frankreich eine Denkschrift zur militärischen Bekämpfung der Bolschewisten unterbreiten habe.
- \* Zum Oberkommissar für Danzig ist der englische General Halling ernannt worden.
- \* König Konstantin von Griechenland hat sich von Athen nach der Front begeben.

### Zahlen-Irrsinn.

Frankreichs Milliardenbesitz.  
In seiner Antrittsrede wies der Präsident des französischen Senats, Bourgeois auf Frankreichs schwierige Finanzlage hin.  
Von dem Budget von 44 Milliarden seien nur etwa 20 Milliarden aus normalen Einnahmequellen gedeckt. Für 16½ Milliarden (!) rechnet man auf die Leistungen Deutschlands. Aber bisher seien nur unbedeutende Summen gezahlt worden. Als zur Stunde sei noch nicht einmal die Reparationssumme festgelegt. Man lebe von der Hand in den Mund. Dieser Zustand könne nicht andauern. Keine Mittel könnten nicht helfen. Die Ausgaben müßten so weit eingeschränkt werden, wie es das Leben des Staates, die äußere Sicherheit und die Erfüllung der Verträge zulassen. Frankreich dürfe nicht zögern, wenn seine Sicherheit es erfordert. Es müsse die strikte Durchführung des Vertrages und die den verwüsteten Gebieten zu gewährende Reparation verlangen.  
Die 16½ Milliarden Franken, die Frankreich nach Herrn Bourgeois als jährlichen Unterstützungszuschuß von Deutschland erwartet, sind 80 Milliarden Mark oder genau so viel wie das ganze deutsche Reichsbudget, das wir nicht zu decken vermögen. Über den Wahnsinn solcher Rechenziffern ist kein Wort zu verlieren.

### Polnische Putschpläne.

Der Kampf um Oberschlesien.  
Die deutsche Friedensdelegation übermittelte der Pariser Vorkonferenz folgende Note, die gleichzeitig auch den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist:  
„Die deutsche Regierung hat durch ihren Vorkonferenz auf die Gefahren hinweisen lassen, die sich für das ober-schlesische Abstimmungsgebiet aus militärischen Anordnungen ergeben können wie sie seitens der polnischen Regierung auf polnischem Boden getroffen worden sind und noch getroffen werden. Sie ist des weiteren in den Besitz einer Fülle urkundlichen Materials gelangt, aus dem die Deutlichkeit hervorgeht, in welcher umfangreicher Weise von gewissen polnischen Kreisen auch auf ober-schlesischem Boden selbst die militärische Organisation weiter ausgebaut worden ist, auf deren Vorhandensein die deutsche Regierung schon bei Gelegenheit des August-September-Aufstandes hingewiesen hat. Die anliegende Aufzeichnung enthält eine zusammenhängende Darstellung hierüber, die sich auf das als Anlage beigefügte Material stützt. Dieses selbst ist einwandfrei und wird durch die beigefügten Photographien belegt. Die deutsche Regierung hält sich für verpflichtet, erneut auf die Gefahren hinzuweisen, die dem Frieden in Oberschlesien von dieser Seite drohen. Sie tut dies im jetzigen Augenblick, um mit Hilfe der alliierten Regierungen, wenn möglich, noch den Ausbruch eines erneuten Aufstandes im Abstimmungsgebiet zu verhindern, der nach allen vorliegenden Nachrichten für Mitte des Monats Januar geplant zu sein scheint.“  
Weiter folgt die deutsche Note: „Die Reichsregierung hält es für ihre Pflicht, in letzter Stunde vor Polen zu warnen, die eine dem Friedensvertrage entsprechende Abstimmung verhindern und erneutes namenloses Unglück über das bereits über alles Maß vom politischen Terror gequälte Land bringen würden. Es ist an der Zeit, dem Terror zu steuern und unter allen Umständen zu verhindern, daß er durch neue Schlägereien, den Bürger-

krieg, erregt werde.“ Diese Mitteilungen werden durch 34 Anlagen belegt, die sich als Abschriften geheimer polnischer Militärbefehle darstellen.

### Befürchtungen des Reichswehrministers.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter sprach Reichswehrminister Geßler von den polnischen Truppenansammlungen an der ober-schlesischen Grenze und sagte: „Meiner Kenntnis nach sind an der ober-schlesischen Grenze 10 bis 11 Divisionen, ungefähr 140 000 Mann, regulärer polnischer Truppen, neben etwa 50 000 Irregulären, die der Polsta Organisation Polkow, der Polnischen Kriegsorganisation, angehören und ebenfalls in Divisionen gegliedert sind, zusammengezogen. Ich betrachte die Lage als ernst und bringe ihr gespannteste Aufmerksamkeit entgegen. Für normale Verhältnisse mag die Zahl der uns gegenüberstehenden Truppen ausreichen. Unzureichend ist sie jedoch, falls der Minister, „unter so abnormen Verhältnissen wie den deutigen.“

### Die feindlichen Kriegsverbrecher.

Schwer belastendes Material.  
Auf eine Anfrage zweier Abgeordneter der Deutschen Volkspartei im württembergischen Landtag wegen der Aufstellung einer deutschen Gegenliste der feindlichen Kriegsverbrecher erklärte Staatspräsident Dr. v. Sieber, er habe sich mit dem Auswärtigen Amt über die Frage einer deutschen Gegenliste, wie sie von weiten Kreisen gefordert werde, ins Einzelne eingehend und sei ermächtigt, folgendes zu erklären:  
„Das Material über die Verbrechen, die im Kriege von Angehörigen der gegnerischen Heere gegen Deutschland begangen worden sind, ist von der Reichsregierung gesammelt worden. Das Material ist für die Gegner schwer belastend; es wäre gewiß wünschenswert, durch die Veröffentlichung zu zeigen, aber wie viele und schwere Verbrechen, Straftaten und Brutalitäten wir uns zu beschreiben haben. Es liegen jedoch besondere Gründe vor, die eine Veröffentlichung zurzeit nicht ratsam erscheinen lassen. Es kommt hinzu, daß unsere Anklage fast wahrscheinlich ungehört verfallen würde. Ein Verlog dafür sei in der Aufnahme zu finden, die die Schrift von Otto Stülpmagel „Die Wahrheit über die deutschen Kriegsverbrechen“ gefunden habe. Herr von Stülpmagel habe in diesem Buche die von ihm gesammelten Nachrichten über Kriegsverbrechen der Gegner zusammengestellt. Diese Zusammenstellung bringe eine Reihe empörender Verbrechen, die den verschiedenen feindlichen Heeren zur Last fallen. Das Buch sei aber im Auslande völlig unbeachtet geblieben.“

### Italiens Programm.

Entwaffnung in Bayern und Dänemark.  
In den nächsten Tagen wird in Rom ein Ministerrat stattfinden, in dem in erster Linie die Haltung Italiens zur interalliierten Konferenz in Paris geprüft werden wird. In großen Grundzügen ist diese Haltung schon bekannt, und eine Abweichung ist kaum zu erwarten. Was die Entwaffnungsfrage betrifft, so ist Italien der Meinung, man müsse der tatsächlichen Lage in Bayern und in Dänemark Rechnung tragen, damit eine zu strikte Interpretation des Friedensvertrages Deutschland die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht zu stark erschwere, oder die Angst vor dem Volksersturm das Land nicht derart deprimieren könne, daß sein wirtschaftlicher Wiederaufbau, an dem doch zum Schluß auch die Entente-mächte interessiert sind, unmöglich mache. In der Reparationsfrage ist die italienische Öffentlichkeit darüber einig, daß es nicht gerecht ist, über Deutschland das Damoklesschwert einer unbekanntem Entschädigungssumme zu halten, daß es vielmehr auch im allgemeinen Interesse liegt, sobald wie möglich eine Pauschalsumme festzusetzen; denn Deutschland wird auch zahlungsunfähiger werden, wenn es keine Schuld des Vertrages gegen Sevres ansprechen kann.

Deutschland wird rabellieren.

Der bekannte italienische General Benicigno erwidert in der Pariser Presse auf die Kritik, die der Pariser Tempus an einem Artikel von ihm, der sich mit der auswärtigen Politik Frankreichs beschäftigt, geübt hatte, u. a. folgendes: Frankreich darf nicht ruhig werden wenn irgend jemand bemerkt, daß sein Weg nicht der kürzeste zum endgültigen Frieden ist. Das Pariser Blatt spricht sogar von Verleumdungen. Aber die Behauptung daß ein Volk von 60 Millionen Schwämmern mit 100 000 Mann sich seiner Armeen und ausländischen Heere nicht erwehren kann, ist keine Verleumdung; auch die nicht, daß Frankreich nicht, daß im deutschen Volk eine ähnliche Stimmung wachle wie in Brüssel 1918. Frankreich be-

steht auf dem Vertrag von Versailles, Deutschland hat aber bewiesen, daß der Vertrag unersättlich ist; früher oder später wird also Deutschland rebellieren; es wird an dem Tage geschehen, wo die geistige Vorbereitung des Volkes vollzogen sein wird.

### Die Finanzminister zur Befordungsfrage.

Eine Obergrenze.

Die Vertreter der Länder haben über das Ergebnis der Verhandlungen, die die Reichsregierung mit den Beamtenorganisationen über eine weitergehende Erhöhung der Teuerungszuschläge geführt hat, beraten. Die Vertreter der Länder haben gegen die in diesen Verhandlungen getroffene Verabredung, die für die Länder von schwerwiegenden Folgen begleitet ist, ernste Bedenken. Wenn sie gleichwohl bereit sind, ihr zuzustimmen, dann geschieht das unter folgenden Bedingungen:

1. Die durch die bisherige Verabredung veranlaßte Mehrbelastung ist eine Obergrenze, über die unter keinen Umständen hinausgegangen werden darf;
  2. die Deckung der durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge dem Reiche, den Ländern und den Gemeinden erwachsenden Ausgaben erfolgt durch den Ertrag neuer Steuern und sonstiger neuer Einnahmen.
- Diese Steuern und Einnahmen sind in denselben Gesetz festzulegen, durch das die Ausgabe bewilligt wird. Bis zum Erlaß der neuen Einnahmen sind die den Ländern und Gemeinden durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge erwachsenden Ausgaben durch das Reich zu ersetzen.

### Bedrohliche Lage in Sachsen.

10% der Bevölkerung arbeitslos.

Berlin, 14. Januar.  
Auf Anregung des Verbandes sächsischer Industrieller fand im Reichsarbeitsministerium eine Konferenz statt, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit in Sachsen und der Kohlenversorgung der sächsischen Industrie befaßte. Außer den Vertretern verschiedener sächsischer Industriezweige nahmen der Reichsarbeitsminister Brauns, der Reichswirtschaftsminister Dr. Seelig, Graf Holtenhoff von der sächsischen Gefandtschaft, der Reichskohlenkommissar Dr. Stuy, die Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann und Admiral Brüninghaus, der sächsische Landtagsabgeordnete Geheimrat Reichhammer, sowie der Syndikus Dr. März daran teil.  
In der Besprechung wurde einstimmig betont, daß der Arbeitslosigkeit in Sachsen unbedingt entgegenzutreten werden müsse, da die Zahl der Arbeitslosen in einzelnen sächsischen Städten auf über 10 Prozent der Bevölkerung gestiegen sei. Durch das Abkommen von Spa sei die Lage der sächsischen Industrie ungemein verschärft worden. Wenn Sachsen mit Kohlen stärker beliefert werden könnte, würde die Arbeitslosigkeit weitgehend eingeschränkt werden können. Notwendig sei ferner eine Hilfe des Reiches für sächsische Städte und Bezirke, die unter der Last der Arbeitslosenunterstützungen finanziell schwer zu leiden haben. Seitens der Regierung wurde eine wohlwollende Prüfung der vorgebrachten Beschwerden zugesagt und insbesondere betont, daß die von der sächsischen Regierung mit Bezug auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesellten Anträge im Kabinett Unterabteilung finden würden.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

\* Frankreichs neue Kohlenforderungen. Die Deutsche Kriegslastenkommission in Paris hat der Wiedergutmachungskommission ihren Brief vom 27. Dezember beifügt, in dem die letztere gefordert hat, daß Deutschland vom 1. Februar ab 2 200 000 Tonnen und außerdem in den Monaten Februar und März 500 000 Tonnen Kohlen als Ersatz für die in den letzten sechs Monaten nicht gelieferten Kohlen zu liefern habe. Die Kriegslastenkommission erklärt, daß die deutsche Regierung die Anforderung der Wiedergutmachungskommission nicht als eine Vereinbarung, sondern als eine Forderung dieser Kommission mit Rücksicht auf den Versailler Vertrag betrachten müsse. Die deutsche Regierung fügt hinzu, daß sie sich unter diesen Umständen vorbehaltlos, der Wiedergutmachungskommission einen Bericht vorzulegen, der die wirtschaftlichen Folgen aus den Kohlenlieferungen darstellt. Sie werde sich bemühen, dieses Projekt der Wiedergutmachungskommission nach besten Kräften zu erfüllen.  
\* Strafbefehle der Rheinlands-Kommission. Während Klärung der Jurisdiktion über die Verhandlungen der interalliierten Rheinlands-Kommission mit Strafe bedroht werden, hat diese Kommission durch eine Verordnung be-